



Schießtraining der norwegischen Polizei – alle Beamten sind im Umgang mit Schusswaffen geschult.



Im Streifendienst sind die Pistolen der norwegischen Polizisten geladen in einem Schließfach im Funkwagen eingeschlossen.

Waffe im Schließfach

Norwegens Polizei trägt im Streifendienst in der Regel keine Schusswaffen. Seit 2019 wird erstmals der Einsatz von Tasern getestet.

Oslo, 4. Juni 2019: Auf der Ankerbrücke unweit des Stadtzentrums liegt ein Verletzter. Sirenen heulen, Spezialeinheiten der Polizei zielen auf einen Verdächtigen mit einem Messer, der kurz zuvor einen unbeteiligten Passanten niedergestochen und mehrere andere Personen bedroht hat. Nachdem der Mann trotz Abgabe eines Warnschusses nicht bereit ist, die Waffe fallen zu lassen, setzen die Polizisten einen Taser ein. Der Verdächtige geht sofort zu Boden und kann festgenommen werden.

Der Einsatz, an dem Polizeibeamte der taktischen Sondereinheit „Delta“ und der lokalen Spezialeinheit „UEH“ beteiligt waren, wurde mit einer Handkamera gefilmt und in sozialen Netzwerken und Online-Nachrichten geteilt. Seit 1. Jänner 2019 wird in den Polizeibezirken Oslo, Øst, Sørvest und Troms eine beschränkte Anzahl von Tasern getestet. Diese sollen als gelinderes Mittel vor einem Griff zur Schusswaffe herangezogen werden. Doch ein solcher Griff ist gar nicht so einfach: Derzeit tragen Norwegens rund 9.000 Polizistinnen und Polizisten in der Regel keine Schusswaffen. Ausnahmen bestehen nur für wenige Beamte, etwa beim Personenschutz oder der Flughafenpolizei. Selbst die Angehörigen der nationalen Sondereinheit „Delta“ führen ihre Waffen nicht permanent am Körper, sie bilden jedoch die „Speerspitze“ bei riskanten Missio-

nen. Jedes Jahr ist „Delta“ landesweit für mehrere Hundert bewaffnete Interventionen verantwortlich, etwa zur Bekämpfung des Terrorismus oder der organisierten Kriminalität; die erforderliche Bewaffnung muss jeweils ausgefasst und autorisiert werden.

Schießtraining. Alle norwegischen Polizeibeamten sind im Gebrauch von Pistolen und Gewehren geschult und unterziehen sich jährlichen Schießtrainings. Standardschusswaffen sind die Pistole *HK P30L* und die Maschinenpistole *MP 5*. Spezialisierte Polizeikräfte wie „Delta“, Personenschützer oder die lokalen „UEH“-Einheiten absolvieren intensive Trainings im Umgang mit Waffen. Im Streifendienst sind die persönlich zugewiesenen Pistolen geladen in einem Schließfach im Funkwagen versperrt; Maschinenpistolen oder Gewehre befinden sich in einem schließbaren Schubkastensystem im Heck. Wenn Polizisten an einem Einsatzort erkennen, dass sie ihre Schusswaffe benötigen, müssen sie die Leitstelle darüber informieren; die Genehmigung der Leitstelle erfolgt in der Regel sofort. Das Zurückkehren zum Streifenwagen und die Entnahme der Pistole führen dennoch zu Verzögerungen. Vertreter der Polizeigewerkschaft haben sich daher wiederholt für eine generelle Bewaffnung der Exekutive ausgesprochen. Regierung und Parlament wollen trotzdem an der lange etablierten Tra-

dition festhalten, dass die norwegische Polizei nur in Ausnahmefällen Schusswaffen tragen soll.

Lange Tradition. Der Polizeihistoriker Magnar Skaret hat sich in einem Buch der „Norwegischen Polizeihistorischen Gesellschaft“ mit der Geschichte der Polizeibewaffnung in Norwegen beschäftigt. Jahrhundertlang war das Land mit Dänemark oder Schweden verbunden, erst 1905 kam es zur Unabhängigkeit. Ordnungshüter waren in den verschiedenen Epochen mit Stock, Keule, Morgenstern oder Säbel ausgerüstet. Die norwegische Polizei war bis in 20. Jahrhundert stark dezentral organisiert. Neben städtischen Polizeiwachen gab es Schutzleute in den ländlichen Regionen und sogenannte „Sheriffs“. Schusswaffen waren lange Zeit nicht gebräuchlich, erst mit einer ansteigenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft erwogen die Behörden ab dem Ende des 19. Jahrhunderts, Polizeikräften in Ausnahmefällen schwerer zu bewaffnen. Die ersten Revolver in Oslo wurden von der Kriminalpolizei zwischen 1880 und 1890 verwendet, die Zurverfügungstellung war aber an strengen Auflagen geknüpft. Als im Plenum der Polizeigewerkschaft 1912 über die Einführung von Dienstrevolvern diskutiert wurde, herrschte Gleichstand zwischen den Gegnern und Befürwortern. Eine der ersten Dienstanweisungen zu Revol-

vern stammte aus 1914. Säbel waren im uniformierten Polizeidienst noch bis mindestens 1935 in Gebrauch. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war in Norwegen geprägt von der Angst vor gesellschaftlichen Konflikten und Arbeitskämpfen. Bestimmte Ordnungskräfte wurden, entgegen bisheriger Tradition, stärker bewaffnet, um für Unruhen gerüstet zu sein – teilweise wurden die Waffen vom Justizministerium beschafft oder vom Militär ausgeliehen. 1932 wurden eine „bewaffnete Staatspolizei“ als direkt dem Justizministerium unterstellte Polizeieinheit eingerichtet, die neben den, im allgemeinen nicht bewaffneten, lokalen Polizeiorganisationen bestand. 1937 wurde das Polizeiwesen verstaatlicht, es kam aber weiterhin zu keiner allgemeinen Ausstattung der Exekutive mit Schusswaffen.

Bürgerlicher Charakter. Dieser restriktive Zugang wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fortgesetzt. Die Polizei sollte – im Gegensatz zum Militär – nicht aggressiv wirken. Schusswaffen erschienen als nicht vereinbar mit dem zivilen, bürgernahen Charakter der Polizei. 1967 wurde in der Literatur der „Waffeneffekt“ beschrieben, wonach eine ständig bewaffnete Polizei Angriffe provozieren würde. Die Hypothese wurde später vielfach kritisiert, der Grundgedanke einer nicht angreifenden Polizei ist aber bis heute im gesellschaftlichen Bewusstsein Norwegens verankert. Johannes Knutsson, Kriminologieprofessor an der norwegischen Polizeihochschule, hat sich wiederholt mit dem Waffengebrauch der Polizei auseinandergesetzt und vertritt die Ansicht, dass das Nichttragen von Waffen im Dienst „zu einem vorsichtigeren und deeskalierenden Verhalten der Beamten in schwierigen Einsatzsituationen“ führe.

Trotzdem wird seit den 1980er-Jahren ein verstärktes Augenmerk auf Ausrüstung und Ausbildung gelegt, um die Polizei in einem Notfall jederzeit bewaffnen zu können. Dabei sollen nicht nur wenige Spezialisten, sondern alle Beamten in der Lage sein, eine Schusswaffe zu bedienen. Mitte der 1980er-Jahre wurde von Pistolen (Walther PP 7.65 mm) wieder auf Revolver (Smith & Wesson Kal. 38) umgestellt, in den 2000er-Jahren erfolgte eine Rückkehr zur Pistole als Dienstwaffe. Heute ist die HK P30L allge-



Übung einer Festnahme: Kaum Schusswaffengebrauch durch Polizisten.

mein in Gebrauch, nur ausgewählte Spezialeinheiten werden derzeit stattdessen mit Pistolen vom Typ SIG Sauer P320 X ausgestattet.

Die Terroranschläge vom 22. Juli 2011 veränderten das Sicherheitsgefühl in Norwegen: Bei der Explosion einer Autobombe vor dem Sitz des Premierministers in Oslo starben acht Menschen, viele wurden teils schwer verletzt. Kurze Zeit später wurden auf der Insel Utøya 69 Personen erschossen – größtenteils Jugendliche. Hinter den Blut-taten steckte der Norweger Anders Behring Breivik, der noch auf Utøya festgenommen werden konnte. Er wurde 2012 wegen 77-fachen Mordes zu 21 Jahren Freiheitsstrafe und anschließendem Maßnahmenvollzug verurteilt. Nach den Attentaten des 22. Juli 2011 wurde in Norwegen umfassend über die Arbeit der Polizei, ihre Einsatzabläufe und Ausrüstung diskutiert. Eine unter der Leitung der Rechtsanwältin Alexandra Bech Gjørv eingerichtete Untersuchungskommission formulierte 31 Empfehlungen an die Sicherheitsbehörden, eine generelle Bewaffnung der Polizei war jedoch nicht darunter. Allerdings legte die Kommission nahe, mehr Augenmerk auf die allgemeine Schießausbildung zu legen.

Bewaffnete Periode. Rund drei Jahre später, am 25. November 2014, entschied die norwegische Polizeiführung – für viele Außenstehende überra-

schend – rund 6.000 Polizistinnen und Polizisten ab sofort das Tragen einer Schusswaffe zu gestatten. Der Auslöser waren internationale Terrorwarnungen über islamistische Bedrohungen in Norwegen. Die zeitlich befristete Genehmigung wurde mehrmals verlängert, im Laufe der Monate wurden Polizeibeamten mit einer Pistole am Gürtel zu einem fast alltäglichen Bild. Just als der damalige norwegische Polizeipräsident Odd Reidar Humlegaard am 13. November 2015 entschied, die vorübergehende Bewaffnung nicht mehr weiterzuführen, ereigneten sich in Paris mehrere Terroranschläge. Aufgrund der unklaren Bedrohungslage wurde die Trageerlaubnis nochmals bis zum 3. Februar 2016 verlängert. Danach gab Polizeipräsident Humlegaard bekannt, dass sich aus der Gesamtlage „keine Gründe zur Fortsetzung einer befristeten Bewaffnung“ ergäben.

Die fast 15-monatige Bewaffnung der norwegischen Polizei war eine bislang einzigartige Erfahrung. Weder kam es zu einer exzessiven Verwendung von Polizeiwaffen, noch zu einer Ablehnung innerhalb der Bevölkerung. Die Polizeigewerkschaft betonte in der Folge, dass die Polizei gezeigt habe, wie gut sie mit Waffen umzugehen verstehe und sich Verzögerungen beim Herausholen einer Pistole als gefährlich erweisen könnten. Auch der norwegische Polizeinachrichtendienst PST sprach sich insbesondere im Lichte dschihadistischer Bedrohungsbilder in



Einsatzübung der Spezialeinheit „UEH“: Über 100 Schießstunden pro Jahr.

Europa für die Weiterführung der offenen Bewaffnung aus. Generalstaatsanwalt Tor-Aksel Busch, Leiter der obersten Anklagebehörde in Norwegen, ließ ebenfalls verlauten, eine dauerhafte Bewaffnung der Polizei für sinnvoll zu halten.

Kritiker führten hingegen ins Treffen, dass es zwischen Ende November 2014 und Oktober 2015 zu mindestens 23 versehentlichen Schüsse bewaffneter Polizisten gekommen sei und betrunkene oder festgenommene Personen wiederholt versucht hätten, Polizisten ihre Dienstwaffen vom Gürtel zu reißen.

Eine im August 2015 im *International Journal of Police Science & Management* veröffentlichte Studie von Silje Bringsrud Fekjær und Jon Strype zeigte, dass Studierende an der norwegischen Polizeiakademie mehrheitlich eine allgemeine Bewaffnung befürworten würden. Unter 5.000 ausgewerteten Antworten sprachen sich 80 Prozent der Polizeischüler für das dauerhafte Tragen von Schusswaffen aus. Bei einer vergleichbaren Studie im Jahr 2011 hatten nur 20 Prozent mit „Ja“ und 60 Prozent mit „Nein“ geantwortet.

Evaluierung. Im Mai 2016 setzte die norwegische Regierung eine Kommission ein, die sich mit den Erfahrungen bei der vorübergehenden Bewaffnung und dem System der Lagerung von Waffen in Polizeiautos befassen sollte. Am 29. März 2017 empfahl das politisch breit aufgestellte Komitee dem für die Polizei zuständigen Justizminister, den bisherigen Weg fortzusetzen

und die Sicherheitskräfte nicht dauerhaft mit Schusswaffen auszustatten. Bei Bedrohungssituationen sollten Polizisten kurzfristig zum Führen einer Schusswaffe ermächtigt werden. Zudem sollte der Einsatz von Elektroimpuls Waffen erwogen werden. Eine gut ausgerüstete, aber nicht bewaffnete Polizei sei besonders „vertrauensbildend“.

Knapp nach dieser Präsentation, die auch die Zustimmung des norwegischen Polizeipräsidenten fand, kam es trotzdem erneut zur Notwendigkeit einer vorübergehenden Bewaffnung von Polizeikräften in den größten Städten Norwegens: Nach dem Attentat in einer Fußgängerzone in Stockholm am 7. April 2017 waren Polizisten wieder für mehrere Wochen mit Pistolen zu sehen.

Im Herbst 2017 führte das norwegische Polizeipräsidium Konsultationen zum Thema „Polizei und Bewaffnung“ durch. Die einzelnen Polizeibezirke konnten dabei ihre Erfahrungen und Positionen darlegen; die Polizeikommandanten großer Städte befürworteten eine Fortsetzung der Trageerlaubnis. Der damalige nationale Polizeipräsident Odd Reidar Humlegaard plädierte hingegen für einen zurückhaltenden Weg: Die Schwelle für eine sofortige Autorisierung des Waffentragens könnte beispielsweise weiter gesenkt werden, an der allgemeinen Nichtbewaffnung solle sich aber nichts ändern.

Regierungsverhandlungen. Im Februar 2018 einigten sich die norwegischen Regierungsparteien bei der Verhandlung über eine neue Koalition dar-

auf, dass es in der kommenden Legislaturperiode keine allgemeine Bewaffnung der Polizei in Norwegen geben werde. Dennoch wurde in Aussicht genommen, für bestimmte relevante Orte eine punktuelle Bewaffnung gesetzlich zu ermöglichen. Am 6. Juni 2018 gestattete das norwegische Parlament die Schaffung von Sonderzonen für Polizeibewaffnung, so etwa am Osloer Flughafen Gardermoen, der mit über 27 Millionen Passagieren pro Jahr der zweitfrequentierteste Flughafen Nordeuropas ist. Seit 31. März 2019 ist die Polizei am Flughafen Gardermoen die erste Einheit, die in einer solchen „Sonderzone“ permanent dazu autorisiert ist, Schusswaffen zu tragen. In der Vergangenheit hatten die Flughafenpolizisten Trageermächtigungen erhalten, die verlängert werden mussten.

Auch in Oslo sind immer wieder Polizisten mit Pistolen am Gürtel zu sehen. Derzeit sind sie aufgrund zeitlich beschränkter Genehmigungen bewaffnet unterwegs. Alle acht Wochen müssen die Genehmigungen für bestimmte Stadtgebiete von der Polizeiführung erneuert werden. Am 26. April 2019 kündigte die Regierung an, eine Gesetzesänderung vorzuschlagen, die es bewaffneten Polizeipatrouillen erlauben sollte, auch bei einem Ortswechsel weiterhin bewaffnet zu bleiben. Im Moment müssten etwa Beamte, die das Parlament bewachen, ihre Pistolen wieder im Auto einschließen, um zum Königspalast zu fahren und die Schusswaffen dann erneut anzulegen. Justizminister Jøran Kallmyr betonte, trotz dieses Vorschlages am „Prinzip der unbewaffneten Polizei“ festhalten zu wollen.

Polizeiwaffen kommen in Norwegen in der Praxis selten zum Einsatz. 2014 wurden im ganzen Land nur zwei Schüsse abgegeben, ohne dabei jemanden zu verletzen oder zu töten. Zwischen 2006 und 2015 kam es zu keinem einzigen Schusswaffeneinsatz mit Todesfolge. Jeder Einsatz einer Polizeischusswaffe wird in Norwegen vom „Büro zur Ermittlung von Polizeianglegenheiten“ untersucht. Das Büro ist eine nationale Untersuchungs- und Anklagebehörde und unabhängig von der Polizeiführung. 2017, im letzten zur Verfügung stehenden Berichtszeitraum, wurden vier Fälle dokumentiert, bei denen Personen von der Polizei angeschossen wurden.



Dienstpistole am Gürtel: Tragegenehmigung nur in Ausnahmefällen.

Privatgebrauch. Während Waffen bei der Polizei weiterhin die Ausnahme bilden, findet sich in der norwegischen Bevölkerung ein beachtliches Arsenal: Das Land ist geprägt von Jägern und Sportschützen; im Besitz der rund 5,2 Millionen Einwohner sind über 1,3 Millionen für den Privatgebrauch registrierte Schusswaffen – Tendenz steigend. Knapp 500.000 Norweger verfügen über eine Waffenlizenz, die von der Polizei ausgestellt wird. Waffen und Munition müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden, die Sicherheitsbehörden können die Verwahrung kontrollieren. Trotz der großen Anzahl an Schusswaffen wird nur ein geringer Teil der Tötungsdelikte durch sie verursacht – die vorherrschende Waffe ist ein Messer.

Der Bericht der „Gjørv-Untersuchungskommission“ empfahl nach den Anschlägen vom 22. Juli 2011 ein generelles Verbot halbautomatischer Waffen, die derzeit unter bestimmten Auflagen in Norwegen legal besessen werden können. 2017 brachte die damalige Regierung einen Gesetzesentwurf im Parlament ein, der halbautomatische Waffen ab dem Jahr 2021 generell verbieten sollte. In der Folge kam es zu Abänderungen im Gesetzesentwurf: Für Sportschützen soll ein Besitz bestimmter halbautomatischer Waffen auch weiterhin möglich sein, automatische Waffen sollen dafür gänzlich verboten werden. Bislang wurden die Gesetzesänderungen nicht in Kraft gesetzt – wann das geplante Verbot tatsächlich wirksam werden wird, ist nicht bekannt. *Gregor Wenda*